



Bericht über die Sitzung 2/2011 des Hauptausschusses am 17. Juni 2011 in Bonn

GUNTHER SPILLNER

► Der Hauptausschuss unter Vorsitz von DR. BERND BAASNER, Arbeitgeber, verabschiedete Leitlinien zur Verbesserung des Übergangs Schule – Beruf, ließ sich über den Stand der integrierten Ausbildungsberichterstattung und der internationalen Beratertätigkeit des BIBB informieren und diskutierte über Kriterien für die Regelausbildungsdauer in dualen Ausbildungsberufen. Außerdem stellte er den Institutshaushalt 2012 fest, nachdem das BIBB die in den letzten Jahren durchgeführten Personal- und Ressourcen-Einsparungen umfassend transparent gemacht hatte.

Zu Beginn der Sitzung wurde PROF. DR. FRIEDRICH HUBERT ESSER, der dem Hauptausschuss viele Jahre als Beauftragter der Arbeitgeber angehört hatte, als neuer Präsident des BIBB mit den besten Wünschen für sein neues Amt begrüßt. Auch wurden als neue Mitglieder ESSERS Nachfolger im Hauptausschuss, DR. VOLKER BORN (ZDH), und vier neue Länderbeauftragte – UWE BARTOSCHEK (Sachsen), RAINER SCHULZ (Hamburg), MANFRED WARMBEIN (Bayern) und MONIKA WENZEL (Hessen) – aufgenommen.

LEITLINIEN ZUR VERBESSERUNG DES ÜBERGANGS SCHULE – BERUF

Der Hauptausschuss ist der Auffassung, dass es besser gelingen muss, den direkten Übergang von Schule in betriebliche Ausbildung zu stärken. Er fordert unter anderem, die

Wirksamkeit der Angebote zur Förderung von Ausbildungs- und Berufschancen im Übergang von der Schule in eine Berufsausbildung so auszurichten, dass weniger Jugendliche in Maßnahmen einmünden, die nicht zu einem Abschluss führen. Bund und Länder sollen gemeinsam die Angebotsvielfalt am Übergang zwischen Schule und Berufsausbildung sichten mit dem Ziel, diese zu reduzieren, zu bündeln und in eine sinnvolle Struktur einzubetten. Dabei sind die verschiedenen Akteure vor allem in regionale Netzwerke einzubinden. Die individuelle und praxisverbundene Berufsorientierung im Sinne einer Berufswegeplanung sollte fest in der Schule verankert werden. Angebote des Übergangsmanagements in Verantwortung der Betriebe, wie die Einstiegsqualifizierungen, sollen erhalten bleiben, intensiv genutzt werden und vorrangig vor schulischen und überbetrieblichen Angeboten für Jugendliche mit schlechten Startchancen zur Verfügung stehen. Der Hauptausschuss wird sich im Zweijahresrhythmus anhand einer Berichterstattung mit den Fortschritten bei der Umsetzung seiner Leitlinien befassen. Außerdem soll im Rahmen eines Workshops näher geprüft werden, wo es sinnvolle Angebote des Übergangsmanagements gibt, wo Instrumente stärker zusammengeführt werden können und was gegebenenfalls neu initiiert werden sollte.

Empfehlungen des BIBB-Hauptausschusses im Web

Leitlinien zur Verbesserung des Übergangs Schule – Beruf
URL: www.bibb.de/dokumente/pdf/HA148

Empfehlung zur Zuordnung der allgemeinen Hochschulreife im Verhältnis zu Berufsabschlüssen auch im europäischen Vergleich
URL: www.bibb.de/dokumente/pdf/HA149

INTEGRIERTE AUSBILDUNGSBERICHTERSTATTUNG

Seit Januar 2009 führt das BIBB in Zusammenarbeit mit den Statistischen Ämtern von Bund und Ländern das Projekt zur integrierten Ausbildungsberichterstattung (iABE) durch, das vom BMBF gefördert wird. Die iABE ermöglicht einen Überblick über alle Ausbildungs- und Qualifizierungsformen, die für junge Menschen nach dem Verlassen der allgemeinbildenden Schule zur Verfügung stehen. Sie führt aktuelle Daten – sowohl zur dualen Ausbildung als auch zu den voll qualifizierenden Bildungsgängen an beruflichen Schulen sowie zum sogenannten Übergangsbereich und weiteren Qualifizierungswegen – zusammen. Auf Basis der amtlichen Statistik kann der Verbleib eines Altersjahrgangs mittels der iABE weitgehend vollständig und trennscharf erfasst werden. Die Ergebnisse der iABE fließen in den Berufsbildungsbericht und den BIBB-Datenreport ein. Die Anschlussfähigkeit zum Bericht „Bildung in Deutschland“, zu internationalen Datenlieferungen an UNESCO, OECD und EUROSTAT sowie zu regionalen Projekten der Ausbildungsberichterstattung (z. B. kommunales Bildungsmonitoring) wird gewährleistet. Um alle Länder adäquat zu beteiligen, noch bestehende Vorbehalte, Defizite oder Mängel

auszuräumen und die Bereitschaft der Länder zu unterstützen, ihre Daten entsprechend aufzubereiten, soll ein gemeinsames Schreiben des Hauptausschuss-Vorsitzenden BAASNER und seiner Stellvertreterin SEHRBOCK an die Regierungschefs der Länder geschickt werden.

INTERNATIONALE BERATUNGSTÄTIGKEIT

Das BIBB informierte über Zielsetzung und Rahmenbedingungen, Leitlinien und Angebote seiner internationalen Beratungstätigkeit, einer gesetzlichen Aufgabe des BIBB. Außerdem wurden künftige Perspektiven dargelegt. Die Umsetzung erfolgt in unterschiedlichen Formen und auf unterschiedlichen Ebenen, zum Beispiel durch fachliche Beratung der politisch Handelnden, Kooperationen mit Partnerinstituten, Mitwirkung in europäischen und internationalen Netzwerken, Wissenschaftler austausch, Fachvorträgen auf internationalen Konferenzen oder Betreuung ausländischer Delegationen. Zunehmend nachgefragt werde seit einigen Jahren vor allem das Angebot des BIBB, in bestimmten Ländern seine Fach- und Prozessexpertise in Beratungsleistungen einfließen zu lassen.

REGELAUSBILDUNGSDAUER IN DUALEN AUSBILDUNGSBERUFEN

Das BMWi will ein Gutachten in Auftrag geben, um Kriterien dafür zu gewinnen, in welchen Ausnahmefällen Ausbildungsordnungen mit einer Ausbildungsdauer von mehr als drei Jahren erlassen werden können. Die Kriterien sollen bei Modernisierung von Ausbildungsberufen und Neuordnungen Anwendung finden. Im Rahmen des Gutachtens sollen auch bildungspolitische Argumente und Thesen, die im Raume stehen, aber nicht belegt seien – etwa der Einfluss der Ausbildungsdauer auf das Berufswahlverhalten – auf ihre Stichhaltigkeit hin untersucht werden. Die Kriterien sollen zu mehr Rechtssicherheit führen und künftige Verfahren vereinfachen. Kontrovers diskutiert wurde insbesondere das Vorhaben des BMWi, vorerst alle neuen bzw. modernisierten dreieinhalbjährigen Berufe zu befristen, solange das Gutachten noch keine entsprechenden Eckwerte gezeitigt habe. BIBB-Präsident ESSER äußerte sein Erstaunen darüber, dass nicht das BIBB mit der Erstellung dieses Gutachtens direkt beauftragt werde. Durch die gemeinsame Durchführung von Ordnungsverfahren mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern und die enge Verzahnung von Forschung und Entwicklung mit der Praxis verfüge es in besonderer Weise über die erforderliche Expertise.

DEUTSCHER QUALIFIKATIONSRAHMEN

Im Nachgang zur Sitzung beschloss der Hauptausschuss eine weitere Empfehlung zum Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR). Dabei geht es um die Zuordnung der allgemeinen Hochschulreife im Verhältnis zu Berufsabschlüssen auch im europäischen Vergleich. Der Hauptausschuss erinnert daran, dass Transparenz, Durchlässigkeit und Gleichwertigkeit im deutschen Bildungssystem nur

befördert und Vertrauen der Bildungsbereiche untereinander gestärkt werden können, wenn Arbeitgeber, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Lehrende und Lernende sowie bildungspolitische Akteure als potenzielle Anwender den DQR akzeptieren und Vorteile bzw. einen Mehrwert erkennen. Dabei gehe es insbesondere auch um die Herstellung und Stärkung der vertikalen und horizontalen Durchlässigkeit auf nationaler und europäischer Ebene. Der DQR könne nur Vorteile bieten und einen Mehrwert entfalten, wenn Qualifikationen in den verschiedenen Bildungsbereichen nach einheitlichen Prinzipien, Kriterien und Methoden auf der Basis der DQR-Deskriptoren zugeordnet würden.

HAUSHALT DES BIBB UND WEITERE THEMEN

Bevor der Hauptausschuss den Institutshaushalt für das Haushaltsjahr 2012 feststellte, informierte BIBB-Präsident ESSER über die in den letzten Jahren durchgeführten Personal- und Ressourcen-Einsparungen durch Prioritätensetzung. Zusätzlich zu dem Kerngeschäft seien viele neue Aufgaben hinzugekommen. Diese – wie zum Beispiel die iABE – könnten nur dann zusätzlich geschultert werden, wenn die Funktionalität des BIBB gewährleistet werde. Das BIBB durchlaufe zurzeit einen Organisations- und Personalentwicklungsprozess, der sich auch auf die Kernbereiche und gesetzlichen Aufgaben beziehe. Ein modernes Leitbild gebe die Orientierung für alle Entwicklungen.

Das Projekt „Diffusion von Neuen Technologien – Veränderungen von Arbeitsaufgaben und Qualifikationsanforderungen im produzierenden Gewerbe“ wurde nachträglich in das Jährliche Forschungsprogramm 2011 aufgenommen. Der Hauptausschuss nahm zu den Ausbildungsordnungen Technischer Produktdesigner/Technische Produktdesignerin und Technischer Systemplaner/Technische Systemplanerin Stellung. Außerdem stimmte er der Verordnung über die Prüfung zum anerkannten Fortbildungsabschluss Fachwirt/Fachwirtin im Gesundheits- und Sozialwesen zu. KLAUS MICHALCZAK wurde, vorbehaltlich der Zustimmung des BMBF, zum neuen Leiter der Rechnungsprüfungsstelle des BIBB bestellt. Bedingt durch mehrere Mitgliederwechsel waren auch etliche frei gewordene Plätze im Ständigen Unterausschuss, im Unterausschuss Berufsbildungsforschung und im Unterausschuss Berufsbildungsbericht/Haushalt nachzubetzen. Als Teilnehmer für die Gruppe der Beauftragten der Arbeitgeber an den Sitzungen des Wissenschaftlichen Beirats benannte der Hauptausschuss DR. GÜNTER LAMBERTZ (DIHK). ■